

# **Bündnis 90 / Die Grünen Mülheim an der Ruhr**

## **Programm zur Kommunalwahl 2009**

### **Soziales**

Die Grüne Sozialpolitik ist von einem ganz wesentlichen Grundsatz geprägt: Alle Menschen sollen so selbstbestimmt wie möglich leben können. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass niemand ausgegrenzt wird und alle Menschen Zugang zu unserer Gesellschaft haben. Partizipation und Teilhabe sind Leitgedanken unserer Politik. Dazu müssen wir denen zuhören, die unsere Unterstützung brauchen und müssen immer wieder aufs Neue hinsehen statt wegzuschauen. Von Geburt an finden Benachteiligung und Diskriminierungen statt. Dem wollen wir etwas entgegensetzen, auf allen politischen Ebenen.

Wir möchten ein städtisches Leben, das durch Solidarität, Toleranz und Vielfalt geprägt ist und von allen Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir perspektivisch den Mülheimpass erweitern. Auch damit wollen wir der Ausgrenzung einkommensarmer BürgerInnen entgegenwirken. Sofort soll ein Sozialticket für den ÖPNV eingeführt werden. Ärmeren Kindern und Jugendlichen wollen wir den Zugang zu Sportvereinen, Musikschulen und anderen außerschulischen Lern- und Förderangeboten erleichtern.

Grundsicherung bei Erwerbslosigkeit muss Bürgerrechte wahren

Wir wollen Qualifikation und nachhaltige Integration fördern, statt Menschen zu Niedriglöhnen in kurzfristige Beschäftigung abzudrängen. Wir können vor Ort die Hartz IV-Regelungen nicht außer Kraft setzen, aber wir wollen den gesetzlich möglichen Gestaltungsspielraum in der Optionskommune soweit wie möglich dafür nutzen, dass die Leistungen zur Grundsicherung und Arbeitsmarktintegration den betroffenen Menschen gerecht werden. Dazu ist auch unabhängige Sozialberatung eine wichtige Unterstützungsmöglichkeit, die dabei hilft, dass die sozialen Bürgerrechte nicht im Behörden- und Paragrafendickicht auf der Strecke bleiben. Im Bereich der beschäftigungsfördernden Maßnahmen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Vermittlung von Ein-Euro-Jobs nachrangig geschieht und diese mehr als Instrument zur Wiedereingliederung bei schwerwiegenden Arbeitsmarkthemmnissen gesehen werden. Dabei soll auch die Entgeltvariante stärker genutzt werden. Mehr als bisher sollen TeilnehmerInnen an Integrationsmaßnahmen durch gezielte Fördermaßnahmen eine reelle Chance bei Bewerbungsverfahren zur Besetzung von Stellen bei der Stadt Mülheim erhalten.

## Gesund leben und gesund bleiben

Ähnlich wie bei den Bildungschancen entscheiden Einkommen und soziale Herkunft über die Gesundheitschancen. Das belegen die Schuleingangsuntersuchungen, die einen deutlichen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der gesundheitlichen Lage der Kinder aufzeigt. Auch in diesem Fall sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders benachteiligt.

Die kommunalen Mittel zur Gesundheitsförderung reichen nicht aus. Gute Ansätze wie die Familienhebamme oder die Gesundheitsförderung in den Kindertageseinrichtungen werden in zu geringem Umfang umgesetzt. Wir wollen deshalb die Gesundheitsförderung für Menschen aus schwierigen sozialen Lagen wieder zur Regelaufgabe kommunaler Gesundheitspolitik machen und mit einem festen Etatansatz versehen. Ein verbindliches Handlungsprogramm zur Gesundheitsförderung mit nachhaltbaren Zielen soll dazu beitragen, dass Menschen aller Altersgruppen und unabhängig von ihrer Herkunft ihre Gesundheitsrisiken senken können.

Auch in Mülheim besteht noch ein erhebliches Defizite in der psycho-sozialen Versorgung. Handlungsbedarf besteht u.a. beim Ausbau des ambulanten Angebotes, des Krisennotdienstes und der Tagesbegleitung. Insbesondere müssen die Angebote für Kinder und Jugendliche verbessert werden. Hierzu gehört auch eine stärkere Koordination mit der Jugendhilfe. Ebenso müssen weitere flexiblere Angebote für Menschen mit psychischen Problemen insbesondere auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden, die dem individuellen Leistungsvermögen entsprechen.

Für SeniorInnen gibt es vor allem im Bereich geronto-psychiatrische Versorgung großen Handlungsbedarf. Es fehlt auch an Angeboten für Demenzkranke und ihre Angehörigen. Wir setzen uns deshalb verstärkt für mehr Angebote wie Selbsthilfetreffen, Gesprächskreise, Begegnungscafé's, Projekte, tagesstrukturierende Angebote, häusliche Unterstützungsdienste und Runde Tische ein und wollen neu zu schaffende und vorhandene Gruppen trägerübergreifend vernetzen.

## Hilfe zur Selbsthilfe stärken

Der durch viel ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe getragenen Ausweitung von Angeboten zur Unterstützung und Begleitung von Menschen in Krisensituationen, in der Hospizarbeit und in der gesundheitlichen Selbsthilfe wollen wir durch eine nachhaltige Förderstruktur Rechnung tragen. Aber Selbsthilfe kann und soll nach wie vor professionelle Hilfe und Beratung nicht

ersetzen, sondern ergänzen. Deshalb braucht das bereits bestehende und vielfältige Netz sozialer und gesundheitlicher Angebote und Hilfen klare finanzielle Zusagen und darf nicht Kürzungen ausgesetzt werden. Suchtprävention sowie die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung bleiben wichtige Aufgaben und dürfen trotz gekürzter Landesmittel nicht zurückgefahren werden. Auch die Aidsberatung muss weiterhin über Kooperationen mit der Aidshilfe Oberhausen und den Kommunalen Angeboten wichtiger Bestandteil der Gesundheitspolitik bleiben.

Mülheim soll barrierefrei werden

Selbstbestimmt leben und soviel Eigenständigkeit wie möglich - andere Lebensentwürfe müssen trotz Behinderung möglich sein. Dies muss selbstverständlich auch für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf gelten, denn der Anspruch auf Teilhabe ist unteilbar. Wir Grünen wollen diesem Anspruch durch konkrete politische Schritte noch mehr Geltung verschaffen und insbesondere auch das Wunsch- und Wahlrecht für behinderte Menschen ernst nehmen. Dabei können wir auf ein gutes, unter Mitwirkung der Behindertenverbände formuliertes Handlungsprogramm zurückgreifen. Es gilt jedoch, die dafür notwendigen finanziellen Mittel auch bereitzustellen und nicht immer wieder mit Hinweis auf knappe Kassen hinten an zu stellen.

In einer älter werdenden Gesellschaft ist Barrierefreiheit eine grundlegende Notwendigkeit. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Mülheim im Hoch- und Tiefbaubereich barrierefrei baut bzw. umbaut. In städtischen Gebäuden müssen sowohl der KundInnenbereich als auch der MitarbeiterInnenbereich barrierefrei sein. Unterstützende Techniken für hörbehinderte und für sehbehinderte Menschen sollen gleich mit geplant werden. Auch öffentlich zugängliche Räume wie die Praxen von Ärztinnen und Ärzten, Gaststätten etc. müssen möglichst schnell barrierefrei werden.

Das Angebot an barrierefreien Wohnungen muss auch in den nächsten Jahren deutlich erweitert und das selbständige unterstützte Wohnen als Alternative zum Leben im Heim ausgebaut werden. Hierzu gehören auch Unterstützungs- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen, die noch in ihren Familien leben.

Die Beteiligung aller Menschen am Öffentlichen Personen-Nahverkehr muss gewährleistet sein. Das bedeutet eine rasche weitere Anpassung von Haltestellen, gleichzeitig soll der Behindertenfahrendienst als Nachteilsausgleich wieder kostenfrei genutzt werden können. Wir wollen durch konkrete Zielvereinbarungen die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im ÖPNV in nachhaltbaren Schritten verbessern.

Wichtige Informationen der Stadt sollen über das gesetzlich Vorgeschriebene hinaus sowohl in blindenlesbarer Form vorgehalten werden als auch in Leichter Sprache und auf Gebärdensprachvideos. Für die kulturelle Teilhabe von gehörlosen Menschen sollte in der Selbsthilfeförderung über die Stiftungen ein Fonds ausgewiesen werden, der z. B. Kosten für Gebärdensprachdolmetscher übernimmt. Dieser Fond könnte in die Selbstverwaltung der betreffenden Vereine gelegt werden.

Die Stadt soll durch gezielte Modellprojekte neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze für behinderte Menschen fördern.

Zusammenleben von Alt und Jung fördern - Selbstbestimmung im Alter sichern

Wir wollen in den Stadtteilen und Wohnquartieren das Zusammenleben der Generationen unabhängig von ihrer Herkunft fördern. Die BewohnerInnen sollen an der Gestaltung der Wohnquartiere und Stadtteile beteiligt werden, Eigeninitiative, Kreativität und Selbstbestimmung sollen gefördert und unterstützt werden. Gerade auch Kinder und Jugendliche sollen Möglichkeiten bekommen sich in der Gestaltung ihres Stadtteils und ihrer Lebenswelt einzumischen.

Der demografische Wandel und die Bevölkerungsstruktur aus Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stellt die Stadt- und Sozialplanung vor neue Herausforderungen und Aufgaben und bietet zugleich auch neue Perspektiven für die Menschen und für das Gemeinwesen, denn die Infrastruktur und Versorgungsformen müssen sich neu ausrichten. Viele Menschen wollen auch im Alter möglichst selbstständig zu Hause leben oder eine gemeinschaftliche Wohnform in Anspruch nehmen, die neben einer eigenen Häuslichkeit bei Bedarf eine gesicherte Pflege bietet. Die Grünen fordern schon seit zwei Jahrzehnten einen Kurswechsel im Altenhilfesystem. Wir wollen die Ansiedlung weiterer Pflege-Großeinrichtungen verhindern und setzen uns für ein breites Angebot an Wohn- und Pflegeangeboten ein, die den Wünschen nach Individualität, Vertrautheit und Überschaubarkeit Rechnung tragen. Dieses wollen wir durch quartiersbezogene Wohn- und Pflegeangebote, sowie Quartiersnetzwerke und -stützpunkte für die Orts- und Stadtteile unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Wohn- und Pflegeformen bedarfsgerecht in allen Stadtteilen angeboten werden. Hierzu gehört auch das Wohnen mit Versorgungssicherheit.

Neue zusätzliche Wohn- und Hilfeangebote für pflegebedürftige und ältere Menschen sollen verstärkt auch im normalen Wohnungsbau vorgehalten werden. Dafür bieten sich beispielsweise Kooperationen von Wohnungsunternehmen, sozialen Trägern und Betroffeneninitiativen an.

Städtische Sozial-, Bauland- und Wohnungspolitik müssen auch bei der Schaffung von Wohn- und Pflegeangeboten im Alter Hand in Hand arbeiten. Wir setzen uns für die Stärkung und Schaffung einer Infrastruktur ein, die das Zusammenleben verschiedener Generationen im Wohnquartier und Stadtteil fördert. Für Menschen ausländischer Herkunft müssen zukünftig vermehrt Wohn- und Hilfeangebote geschaffen werden, die ihre spezifischen Belange und Bedürfnisse berücksichtigen.

Wir wollen die unabhängige Pflege- und Wohnberatung weiter ausbauen. Hierzu gehört auch die Einrichtung einer Koordinations- und Beratungsstelle für Personen und Gruppen, die entsprechende Wohn- und Pflegeformen mit initiieren wollen.